

Newsletter

13. Mai 2005

▶ Arbeit

[Zum Artikel ▼](#)

Roland Koch: Kommunen brauchen mehr Handlungsfreiheit

▶ Wirtschaft

[Zum Artikel ▼](#)

Politik und Wirtschaft gemeinsam für Nordhessen

▶ Integration

[Zum Artikel ▼](#)

Hessen erhält Freundschaftspreis der Türkischen Republik

▶ Kurz gemeldet

▶ Zahl der Woche

▶ Zitat der Woche

▶ Termine

▶ Arbeit

Roland Koch: Kommunen brauchen mehr Handlungsfreiheit

Ministerpräsident Roland Koch fordert mehr Kompetenzen für die Kommunen, die Langzeitarbeitslose selbst betreuen. Größere Handlungsfreiheit vor Ort führe zu größeren Erfolgen, sagte Koch bei dem Kongress „Kommunales Optionsmodell – Chancen für den Arbeitsmarkt“. Gleichzeitig kritisierte Koch die

Zentralisierungstendenzen der Bundesagentur für Arbeit.

In Hessen betreuen im Rahmen der Arbeitsmarktreform Hartz IV seit Jahresbeginn zwölf Landkreise und die Stadt Wiesbaden die Empfänger des Arbeitslosengeldes II selbst. Im Ländervergleich ist

Hessen damit Spitzenreiter, bundesweit nutzen 69 Kommunen das Optionsmodell. In allen übrigen Kommunen kümmern sich die Arbeitsagenturen um die Langzeitarbeitslosen.

Koch betonte die Mitwirkung Hessens an der Arbeitsmarktreform Hartz IV. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sei überfällig und notwendig gewesen, sagte der Ministerpräsident, denn bisher hätten sich zwei verschiedene soziale Systeme um ein Problem gekümmert. Deshalb habe die Hessische Landesregierung bereits früh darauf gedrungen, Empfängern von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe eine neue, einheitliche Form der Betreuung und damit eine neue Perspektive zu geben.

Die Landesregierung habe sich stets für die kommunale Trägerschaft eingesetzt. Aufgrund der hohen Anzahl optierender Kommunen in Hessen sehe sie sich auch bundesweit in einer Vorreiterrolle. Gemeinsam mit den optierenden Kommunen wolle sie die Chance der Experimentierklausel nutzen, um zu zeigen, dass die kommunale Ebene aufgrund ihrer Erfahrungen, ihrer Struktur und ihrer Nähe zu

den Betroffenen am besten geeignet ist, Langzeitarbeitslose zu betreuen und in den Arbeitsmarkt zu vermitteln.

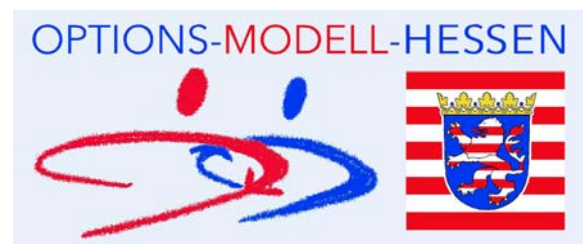
Die Arbeitsmarktreform Hartz IV sei jedoch kein Ersatz für eine bessere Wirtschaftspolitik, unterstrich Koch. Neue Arbeitsplätze könnten durch die Reform nicht



Kongress „Kommunales Optionsmodell – Chancen für den Arbeitsmarkt“ in Wiesbaden

geschaffen werden. Mehr Beschäftigung könne erst erwartet werden, wenn sich die Wirtschaftspolitik ändere. Wenn auf dem Arbeitsmarkt mehr Beschäftigung nachgefragt werde,

dann helfe die Reform den Menschen, leichter in eine Beschäftigung zu kommen.



Als vermeidbar bezeichnete Koch die Anfangsschwierigkeiten, die bei der Einführung der Reform zu Beginn des Jahres aufgetreten seien. Die Opposition habe der Bundesregierung eine Verschiebung angeboten. Da sich der Bund darauf nicht eingelassen habe, habe der Beginn der Reform eher an den Start der Lkw-Maut als an eine sorgfältige Vorbereitung erinnert. Dadurch

sei den Menschen „eine Menge Stress zugemutet“ worden.



Kongress „Kommunales Optionsmodell – Chancen für den Arbeitsmarkt“: Roland Koch und Sozialministerin Silke Lautenschläger

Für das Kommunale Optionsmodell forderte Koch umfassende Vergleichbarkeit ein. Es gehe um eine zentrale Frage der Gesellschaftspolitik, deshalb sei die Frage wichtig, ob das zentrale oder das dezentrale Modell erfolgreicher sei. Wenn nach einem Jahr eine erste Bilanz der Reform gezogen werde, seien die Fragen entscheidend, wie sich das Schicksal der Betroffenen entwickelt habe und welche finanziellen Folgen die Reform für die öffentlichen Haushalte habe. Koch bemängelte in diesem Zusammenhang die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur, die die Meldungen der Optionskommunen nicht korrekt berücksichtigten (dazu der Newsletter vom 6. Mai 2005).

Zu dem eintägigen Kongress „Kommunales Optionsmodell – Chancen für den Arbeitsmarkt“ hatte die Landesregierung

rund 300 internationale Experten sowie Vertreter von Politik und Kommunen eingeladen. Unter den Teilnehmern waren unter anderem der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Klaus Zimmermann, der Würzburger Wissenschaftler Prof. Norbert Berthold, die Arbeitmarktexperten Jason Turner aus den USA und Dick Vink aus den Niederlanden sowie der slowakische Staatssekretär Miroslav Beblavy. Ziel des Kongresses war, erste praktische Erfahrungen der Optionskommunen zu erörtern.

Zwei Landkarten, die einen Überblick über die Optionskommunen in Hessen und in Deutschland bieten, gibt es [hier](#).

Roland Koch trifft US-Vizepräsident



Gespräch mit US-Vizepräsident Richard Cheney im Weißen Haus: Während seiner USA-Reise hat sich Ministerpräsident Roland Koch für die Entscheidung der amerikanischen Regierung bedankt, das europäische Hauptquartier der US-Landstreitkräfte nach Wiesbaden zu verlegen. Koch hatte sich vor zwei Jahren bei Cheney für Wiesbaden als Standort eingesetzt (dazu der Newsletter vom 6. Mai 2005).

Politik und Wirtschaft gemeinsam für Nordhessen

In der „Kasseler Erklärung“ haben das Land Hessen, Handwerk und Industrie Pläne zur Weiterentwicklung Nordhessens festgelegt. Das Konzept umfasst den Ausbau von Infrastruktur, Tourismus und Bildung. Mit dieser Erklärung haben Ministerpräsident Roland Koch, der Präsident der IHK Kassel, Martin Viessmann, und der Präsident der Handwerkskammer Kassel, Gerhard Repp, ihren Willen bekräftigt, „den guten Weg zur Entwicklung Nordhessens zu einer Zukunftsregion weiter zu beschreiten“.

Ausbau der Infrastruktur

Unter anderem nennt die Erklärung den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden



Martin Viessmann, Präsident der IHK Kassel

und den Bau von Autobahnen sowie die Vereinfachung und Verkürzung von Planungsverfahren. Weiter spricht sie die Neufassung der FFH-Richtlinie an, damit Planungen künftig „nicht noch komplexer, undurchschaubarer und zeitraubender“ werden. Weitere Themen sind die Stärkung von Standortmarketing und Tourismus, die Leistungsfähigkeit des Bildungs- und Wis-

senschaftssystems sowie die Mittelstandsförderung.

„Die ‚Kasseler Erklärung‘ macht deutlich, dass die Hessische Landesregierung und die nordhessische Wirtschaft denselben Zielkatalog verfolgen, um auf Dauer Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in der Region zu schaffen“, sagte Koch. IHK-Präsident Viessmann, der von einem „Zeichen des Zukunftsvertrauens“ sprach, setzte auf die Erwartung, „dass sich der Wille der Politik, für Nordhessen zu wirken, immer wieder auch in solchen Commitments gegenüber den Menschen und den Entscheidungsträgern in der Region“ beweisen lasse. „Für Nordhessen setzen wir auch mit dem heutigen Tage ein Zeichen, diese Region weiter voranbringen zu wollen.“

Kurs für Nordhessen konsequent halten

Den sichtbaren Ausdruck eines „gegenseitigen Versprechens für die Zukunft, das es jetzt einzulösen gilt“ nannte Handwerkskammer-Präsident Repp die Unterzeichnung. „Wir gehen nicht den Weg des bequemen, aber leisen Abstiegs, wir gehen den Weg, der uns und unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft in Nordhessen verspricht. Wir setzen ein Signal



Gerhard Repp, Präsident der Handwerkskammer Kassel

der Verantwortung für die kommenden Generationen, der Liebe zur Heimat und des Patriotismus für das Land.“

Koch bekräftigte den Willen der Landesregierung, den eingeschlagenen

[Zum Beginn des Artikels ▲](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis ▲](#)

Kurs für Nordhessen konsequent zu halten. Die Arbeit der vergangenen Jahre in der Region habe bereits deutliche Signale gesetzt und erste Erfolge gezeigt. Museumspark, Flughafenausbau und Regionalmanagement Nordhessen seien wichtige Master-Projekte dieser Entwicklung, die weit über jede Legislaturperiode hinaus wirksam und erfolgreich sein werden.

[Die „Kasseler Erklärung“ im Wortlaut.](#)

► Integration

Hessen erhält Freundschaftspreis der Türkischen Republik

Hessen hat für seine innovative Integrationspolitik den erstmals verliehenen Freundschaftspreis der Türkischen Republik erhalten. Der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan überreichte die Auszeichnung jetzt in Istanbul Walter Kindermann, Abteilungsleiter im Hessischen Sozialministerium. Neben dem Land Hessen gehörten die Bundesausländerbeauftragte Marie-Luise Beck, die Gemeinnützige Hertie-Stiftung und Vertreter von Unicef und der Weltgesundheitsorganisation WHO zu den Preisträgern.

„Der Preis ist eine Anerkennung für die vielseitigen und zielgerichteten Integrationsmaßnahmen, die in Hessen seit dem

Regierungswechsel 1999 konsequent unternommen werden, um den sozialen Frieden zu sichern“, erklärte Sozialministerin Silke Lautenschläger. Hessen habe sich eine bundesweite Vorreiterrolle in der Integrationspolitik erarbeitet – insbesondere



Silke Lautenschläger

mit der Einführung der vorschulischen Sprachförderung. Dies wirke sich positiv auf das alltägliche Zusammenleben in den Städten und Gemeinden aus.

Zu dieser Entwicklung habe auch der Integrationsbeirat der Landesregierung beigetragen, in dem Persönlichkeiten aus unter-

schiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und mit unterschiedlicher Herkunft gemeinsam Fragen der Integration erörtern und Umsetzungsvorschläge erarbeiten.

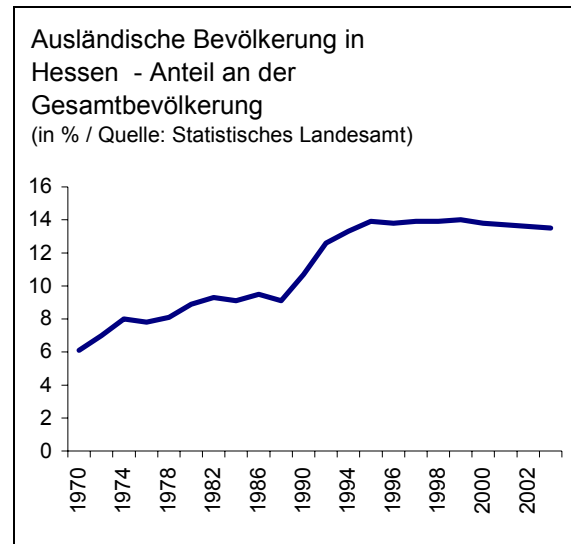
„Der Beirat hat sich zu einem wichtigen Impuls- und Ratgeber für die Integrationspolitik und Motor für die Eingliederung der Zuwanderer entwickelt“, betonte die Ministerin. Inzwischen sei das Modell von Sachsen, Hamburg, Brandenburg, Baden-Württemberg und Berlin in ähnlicher Form übernommen worden.

Ausländische Bevölkerung in Hessen
(Stand: 2003 / Quelle: Statistisches Landesamt)

Staatsangehörigkeit	Zahl	Anteil
Türkei	200 136	24,4 %
Italien	77 285	9,4 %
Serbien u. Montenegro	55 925	6,8 %
Griechenland	37 054	4,5 %
Kroatien	32 384	3,9 %
Polen	31 556	3,8 %
Spanien	24 939	3,0 %
Marokko	22 707	2,8 %
Vereinigte Staaten	20 767	2,5 %
Bosnien u. Herzegowina	18 856	2,3 %
Portugal	15 879	1,9 %
Österreich	15 665	1,9 %
Afghanistan	15 398	1,9 %
Großbritannien	13 634	1,7 %
Russische Föderation	13 000	1,6 %
Frankreich	12 957	1,6 %
Iran	12 142	1,5 %
Pakistan	10 802	1,3 %
Übrige Länder	190 174	23,2 %
Insgesamt	821 260	100 %

Kernelement der hessischen Integrationspolitik sei die Sprachförderung. Als erstes Land hat Hessen begonnen, ein flächendeckendes Netz von Sprachförderan-

geboten für Zuwandererkinder zu schaffen, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Seit Programmstart im Jahr 2002 wurden bis Ende 2004 insgesamt 20.400 Kinder gefördert.



Fördermittel aufgestockt

Die Fördermittel wurden von 2,255 Millionen Euro im vergangenen Jahr auf 3,255 Millionen Euro 2005 aufgestockt. Mittlerweile wurde das Programm auch auf Erwachsene ausgeweitet. „Das Förderprogramm für Zuwandererkinder im Kindergarten hat zusammen mit den Vorlaufkursen des Kultusministeriums dazu beigetragen, dass 96,1 Prozent der Kinder mit Sprachdefiziten nach Absolvieren der Fördermaßnahmen die Voraussetzungen zum Eintritt in die erste Schulklasse erfüllen konnten“, so Lautenschläger.

Wertefundament Grundgesetz

Um die Ausbildungschancen zu erhöhen, hat Hessen das Programm „Ausbil-

derung in der Migration“ aufgelegt. Mit ihm werden Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche gefördert. Mit dem Wettbewerb „Together in Hessen“ zeichnet das Land Unternehmen aus, die sich auf außergewöhnliche Weise für die Integration ihrer internationalen Mitarbeiter einsetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die „kultursensible Altenpflege“. Hessen verankert interkulturelle Elemente in der Ausbildung zum Pflegeberuf und versucht, Menschen mit Migrationshintergrund für die Altenpflegeausbildung zu gewinnen. „Bundesweit einmalig ist der Integrationskompass“, so die Ministerin. Der [Internetauftritt](#) macht alle Maßnahmen zur Integration in Hessen verfügbar.

Hessen liegt nach den Worten von Silke Lautenschläger mit einem Auslän-

deranteil von 13,5 Prozent an der Spitze der Flächenländer in der Bundesrepublik. Die kulturelle und religiöse Vielfalt bedeute nicht nur eine Bereicherung, sondern bringe auch Konfliktpotenzial, Vorbehalte und Ängste auf allen Seiten. Die Integration der Migranten sei Voraussetzung, um auf Dauer ein friedliches Zusammenleben zu garantieren. Die Eingliederung müsse auf einem gemeinsamen Wertefundament erfolgen, das vom Grundgesetz vorgegeben werde.

Die Integrationspolitik werde auch zukünftig ein politischer Schwerpunkt der Landesregierung sein. Trotz der schwierigen Haushaltslage des Landes werde die Landesregierung ihre Integrationsanstrengungen kontinuierlich fortsetzen. Im Jahre 2005 setze das Land mehr als 50 Millionen Euro für diesen Zweck ein.

[Zum Beginn des Artikels ▲](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis ▲](#)

► **Kurz gemeldet**

Offensive für Kinderbetreuung – Landesmittel für 75 Bauvorhaben

Mit der „Offensive für Kinderbetreuung“, die im Jahr 2001 als neues Förderprogramm gestartet wurde, unterstützt die Landesregierung die Betreuungseinrichtungen nicht nur beim laufenden Betrieb und der Schaffung neuer Plätze, sondern auch bei Bauvorhaben. „Diese investive

Förderung wird in diesem Jahr deutlich ausgebaut“, erklärte Sozialministerin Silke Lautenschläger. „Es werden 75 Projekte von kirchlichen und sonstigen freien Trägern mit insgesamt 763.699 Euro aus der Landeskasse gefördert.“ Möglich werde dies, weil das Land die Mittel für die Of-

fensive um 3,5 Millionen Euro auf insgesamt 14 Millionen Euro aufgestockt hat.

Die Fördermittel fließen in 18 hessische Landkreise und kreisfreie Städte, in

denen insgesamt 680 neue Plätze entstehen. Im Vergleich zum Vorjahr wurde die Zahl der Projekte und der neuen Plätze, die durch die finanzielle Unterstützung des Landes entstehen, mehr als verdoppelt.

[Zum Beginn der Kurzmeldungen ▲](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis ▲](#)

Früherer US-Außenminister Kissinger besucht Heppenheim



Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger und Ministerpräsident Roland Koch in Heppenheim vor der „Villa Schlüssel“.

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger, der bei der Gedenkveranstaltung der Landesregierung am 8. Mai in Darmstadt die Festrede gehalten hatte, besuchte am Abend dieses Tages zusammen

mit Ministerpräsident Roland Koch auch Heppenheim. In dieser Stadt hatte Kissinger als Offizier der amerikanischen Armee für einige Jahre gelebt. Sein Dienstsitz, die „Villa Schlüssel“, wird in Heppenheim auch „Amerikahaus“ genannt. An der Begegnung in Heppenheim nahmen unter anderem auch der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Salomon Korn, sowie die Enkelin des jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber, Prof. Judith Buber-Agassi, teil. An dessen Wirken erinnert in Heppenheim das Martin-Buber-Haus.

[Zum Beginn der Kurzmeldungen ▲](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis ▲](#)

Landesaktionstag „Tatort Straße überregional“

Unter dem Motto „Tatort Straße überregional“ findet am heutigen Freitag der Landesaktionstag der Hessischen Polizei statt. Ziel des Aktionstags ist es, mehr Sicherheit und weniger Kriminalität auf hessischen Straßen zu erreichen. „Sicher-

heit kann durch vermehrte Kontrollen der Polizei, aber auch durch aufmerksame Bürgerinnen und Bürger entstehen, die Straftaten oder Auffälligkeiten erkennen und der Polizei melden“, sagte Innenminister Volker Bouffier. Dabei nutze die

Polizei den Landesaktionstag, um interessierte Bürgerinnen und Bürger über die Erscheinungsformen und Gefahren des „Tatort Straße überregional“ zu informieren, und um Kontrollen zur Vorbeugung der grenzüberschreitenden Kriminalität durchzuführen.

„Tatort Straße überregional“ beinhaltet eine Vielzahl von Straftaten und nicht nur die typischen Verkehrsdelikte. Die grenzüberschreitende Kriminalität hat

durch das Schengen Abkommen und der dadurch bedingte Wegfall der Grenzkontrollen zugenommen. Die Delikte gehen von den Bereichen Umwelt- Tierschutz- und Zollverstöße über Ladungsdiebstahl und Kfz-Verschlebung bis hin zur Schleuser- und Drogenkriminalität. Die überregionalen Straßen sind nicht nur Tatorte im eigentlichen Sinn; sie dienen Tätern auch als Anfahrtswege und Vorbereitungsraum, als Fluchtwege und zum Abtransport der Beute.

[Zum Beginn der Kurzmeldungen ▲](#)

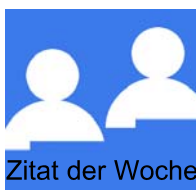
[Zum Inhaltsverzeichnis ▲](#)



Waren im Wert von 37,2 Milliarden Euro exportiert

Im vergangenen Jahr exportierten hessische Unternehmen Waren im Wert von 37,2 Milliarden Euro. Das war gut ein Zehntel mehr als im Jahr 2003, wie das [Statistische Landesamt](#) mitteilte. Der Löwenanteil ging in die — neben Deutschland — 24 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU). Sie erreichten mit 23,3 Milliarden Euro einen Anteil von 63 Prozent an der gesamten Ausfuhr Hessens. In die Staaten der Euro-Zone wurden 42 Prozent der hessischen Exporte geliefert. Sie verbuchten im Jahresvergleich ein Plus von über sieben Prozent.

[Zum Inhaltsverzeichnis ▲](#)



„Ich glaube, dass zunächst einmal ein Konzept entstehen muss, wie man die Wirtschaft in Deutschland gesunden lassen will. Wenn der Eindruck öf-

fentlich entstünde, wir lassen die Krise so, wie sie ist, und lösen für den Staat das Problem mit Steuererhöhungen, und die Arbeitsplätze gehen weiter über die Wupper, ist das sicher ein untaugliches Konzept.“

(Ministerpräsident Roland Koch im Hessenfernsehen.)

[Zum Inhaltsverzeichnis ▲](#)



- | | |
|-----------------|---|
| 19. Mai | Verleihung der Georg-August-Zinn-Medaille in Wiesbaden |
| 19. bis 20. Mai | Europäischer Gipfel der Regionen und Städte des Ausschusses der Regionen in Wroclaw (Polen) |
| 22. Mai | Ministerpräsident Roland Koch eröffnet in Bad Homburg die Ausstellung „Blickachsen 5“ |

[Zum Inhaltsverzeichnis ▲](#)

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei, Georg-August-Zinn-Str. 1, 65183 Wiesbaden

Verantwortlich: Staatssekretär Dirk Metz, Sprecher der Landesregierung

Fotos: Erhard Blatt, Hessische Staatskanzlei

Redaktion: Klaus Euteneuer k.euteneuer@stk.hessen.de

Hessen im Internet: www.hessen.de